



Bezahlbare Gesundheit für alle ist Kern sozialdemokratischer Politik. Im Bereich der Gesundheit hat die SPD von allen Politikbereichen die besten Werte, was Vertrauen und Glaubwürdigkeit ihrer Politik als auch was die Verwirklichung des Ziels der sozialen Gerechtigkeit anbelangt.

Und nicht nur das: Die Regierung aus CDU/CSU und FDP hat hier die schlechtesten Werte aller Politikbereiche. Was hat die Regierung im Bereich Gesundheit gemacht oder warum sind die Schwarzgelben so schlecht angesehen? Der Grund ist ein ganz einfacher: Die FDP hat genau das Gegenteil von dem gemacht, was sie politisch versprochen hat. Es gibt nicht mehr Netto vom Brutto, sondern weniger Netto vom Brutto für den Normalverdiener und das bei schlechterer Versorgung:

1. Sie hat die Beiträge in der Krankenversicherung von 14,9 auf 15,5 Prozent erhöht.
2. Sie hat endgültig das Ende der Parität beschlossen: Die Arbeitgeberbeiträge werden auf 7,3 Prozent des Bruttoeinkommens der Arbeitnehmer eingefroren.
3. Kopfpauschalen in Form von Zusatzbeiträgen sind jetzt unbeschränkt im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherungskassen möglich.

Da die Zusatzbeiträge einkommensunabhängig sind, ist das eine Abkehr von der solidarischen Finanzierung in der Krankenversicherung. Der von der Regierung ab 2012 in Aussicht gestellte Sozialausgleich ist eine Mogelpackung. Konkret: Ein Rentner, der 800 Euro Rente hat und 20 Euro Zusatzbeiträge zahlen muss, bekommt lediglich 4 Euro Sozialausgleich ab 2012.

4. Die Regierung will die Vorkasse bei den gesetzlich Versicherten zur Regel machen. Bei der Vorkasse bezahlt der Patient im Voraus und bekommt dann grundsätzlich weniger als die Hälfte von der gesetzlichen Krankenversicherung zurück. Auf dem Rest der Kosten bleibt der Versicherte hängen oder er muss eine private Zusatzversicherung abschließen.
5. Die Regierung schwächt die Hausärzte. Allein geschätzt 500 Mio. Euro hat die Regierung bei der hausarztzentrierten Versorgung abgezogen – und das obwohl die Ärzte insgesamt 1 Mrd. Euro mehr in 2011 bekommen. Das schwächt nicht nur die hausarztzentrierte Versorgung, sondern vor allen Dingen die ärztliche Versorgung im ländlichen Bereich.
6. Die private Krankenversicherung ist durch verschiedene Maßnahmen der schwarzgelben Bundesregierung begünstigt. Unter anderem kann man nun bereits wieder nach einem Jahr bei einem Einkommen über der Versicherungspflichtgrenze in die private Krankenversicherung wechseln.
7. Die Pharmaindustrie kann auch weiterhin im ersten Jahr die Preise für neue patentgeschützte Arzneimittel völlig frei bestimmen.

Für was stehen Sozialdemokraten?

Die SPD will

1. Zurück zur paritätischen Versicherung, d.h. je zur Hälfte Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Dann haben auch die Arbeitgeber ein nachhaltiges Interesse an den Gesundheitskosten ihrer Mitarbeiter.
2. Sicherung des Sachleistungsprinzips. Die Krankenkasse zahlt und nicht der Patient. Nur so ist gewährleistet, dass alle am medizinischen Fortschritt teilnehmen.
3. Solidarische Bürgerversicherung. Bürgerversicherung bedeutet, dass eine Versicherungspflicht für alle gilt: D. h. Beamte, Soldaten, Politiker, Gutverdienende und alle sonstigen Arbeitnehmer zahlen gemäß ihres Bruttolohns in ein Versicherungssystem. Dies würde auch die Einnahmehasis erheblich verbreitern. Das kann in einer privaten Versicherung geschehen, die einen Bürgertarif anbietet oder in einer gesetzlichen Krankenversicherung. Dann hätte man endlich einen fairen Wettbewerb zwischen privater und gesetzlicher Krankenkasse, weil alle Versicherten ihre Kasse frei wählen dürfen.
4. Auch die Pflege muss solidarisch organisiert werden. Wir brauchen eine Pflege TÜV und wir brauchen verbesserte Pflegeangebote. Wir brauchen vor allen Dingen auch eine bessere Bezahlung der Pflegekräfte, sowohl in Krankenhäusern wie auch in der mobilen Pflege. Und wir müssen einen anderen Pflegebegriff finden, wir müssen weg von der Minutenpflege, weil die im Regelfall nicht ausreicht einen Älteren, einen Behinderten, einen Kranken ordentlich zu betreuen.
5. Wir wollen die hausarztzentrierte Versorgung stärken. Es gibt – zumindest derzeit - keinen Ärztemangel in Deutschland! Im Gegenteil: Wir hatten noch nie so viele Ärzte in Deutschland wie derzeit. Zwischen 1990 und 2010 hat sich die Zahl der ambulant tätigen Ärzte um knapp 50.000 erhöht! Diese sind nur regional völlig falsch verteilt, so dass es in einigen Regionen eine erhebliche Überversorgung gibt! Wir treten deshalb dafür ein, mit geeigneten Instrumentarien finanzielle Mittel aus diesen überversorgten Gebieten umzulenken, um die ländlichen unterversorgten Regionen zu stärken, z. B. Kassenarztsitze in überversorgten Gebieten zu befristen und/oder seitens der Kassenärztlichen Vereinigung aufzukaufen, um diese dann in einer kleinräumigeren Bedarfsplanung neu zu verteilen. Insgesamt müssen wir in der Gesundheitspolitik aber den Dialog mit den Ärzten suchen und nicht mit Sanktionen drohen.

Lautscheid!

Gesundheit für alle SPD Aktionstage in Gesundheits- und
Pflegeeinrichtungen vom 28. Februar bis 02. März 2011

In dieser Woche sollen SPD Mandats- und Funktionsträger in einer Gesundheits- und Pflegeeinrichtung mitarbeiten und am Abend über gesammelte Erfahrungen, Probleme und Lösungen diskutieren. Auch soll die Bürgerversicherung an diesem Tag als die solidarische Alternative zur schwarz-gelben Reform vorgestellt werden.